

Kommentar

Die Verantwortung der Wirtschaft
PR-Desaster wird für
Adidas teurer als die Miete

Von Andreas Niesmann

Wie schnell sich der Wind manchmal dreht: Adidas, bis Mitte vergangener Woche noch deutsches Vorzeigunternehmen, gilt plötzlich als Inbegriff der hässlichen Fratze des Kapitalismus. Amtierende Minister und Bürgermeister rümpfen die Nase, ein Fernsehkoch erklärt seinen Boykott, ein Abgeordneter des Deutschen Bundestags verbrennt medienwirksam sein T-Shirt in einer Mülltonne. Und im dauerhaft empörungsbereiten Netz entlädt sich eine Wutwelle, die ihresgleichen sucht.

Was ist passiert? Der Sportartikelhersteller aus Herzogenaurach hat angekündigt, die Mietzahlungen für seine wegen der Corona-Krise geschlossenen Ladengeschäfte im April auszusetzen. Große Handelsketten wie H&M, Deichmann oder C&A verfolgen ähnliche Pläne, aber kein Unternehmen trifft die öffentliche Wut so hart wie Adidas.

Der Sport- und Modekonzern stand zuletzt bombastisch da. Rund zwei Milliarden Euro hat Adidas im vergangenen Jahr verdient. Schnell wurde deshalb der Vorwurf laut, dass die Firma die von Bundesregierung und Bundestag eilig zusammengeknallten Ausnahmeregelungen für die Corona-Krise nutze, um sich wirtschaftliche Vorteile zu verschaffen.

Doch ganz so einfach ist die Sache nicht. Adidas hat inzwischen klargestellt, eine einvernehmliche Lösung mit seinen Vermietern finden zu wollen. Das zu versuchen ist grundsätzlich zulässig. Wenn sich Mieter und Vermieter aus freien Stücken auf ein Zahlungsmoratorium einigten, wäre dagegen wenig zu sagen. Die in der vergangenen



»Adidas gilt plötzlich als Inbegriff der hässlichen Fratze des Kapitalismus.«

Woche beschlossene dreimonatige Aussetzung des Kündigungsrechtes müsste der Dax-Konzern dann gar nicht in Anspruch nehmen. Es wäre wohl auch nicht so leicht, denn wenn sich ein Vermieter wehren würde, müsste Adidas vor Gericht beweisen, dass es wegen der Krise in Zahlungsschwierigkeiten geraten ist. Angesichts der üppigen Finanzreserven dürfte das schwierig werden.

Doch selbst wenn es gelänge, müsste der Sportartikelhersteller die Miete später nachbezahlen – so sieht es die Mietrechtsnovelle ausdrücklich vor. Unterm Strich würde das Unternehmen also wenig Geld einsparen.

Einen Vorwurf allerdings müssen sich die Adidas-Manager gefallen lassen: In einer Phase höchster Not, in der unzählige kleine Unternehmen und Privatleute darüber nachdenken, welchen Beitrag sie selbst zur Bewältigung der Krise leisten können oder müssen, haben sie in Herzogenaurach vor allem darüber nachgedacht, welchen Beitrag andere leisten können. Der Schaden ist nun angebracht, und er ist erheblich. Die Kosten für das PR-Desaster dürften die Einsparungen bei den Zinsen um ein Vielfaches übersteigen.

Standpunkt

„Earth Hour“

Eine Stunde ist zu wenig

Von Daniela Vates

An jeder Ecke sitzt es, dieses kleine stachelige Virusbällchen. Corona beherrscht die öffentliche Debatte genauso wie unzählige wie Krisenstäbe. Es hat sogar die Klimafrage verdrängt, das Megathema des vergangenen Jahres. Die Fridays-for-Future-Demonstranten sitzen zuhause. Die Erderwärmung aber lässt sich von einem Virus nicht beeindruckt. Zwar sinken zwischen der Stickoxid- und der Kohlendioxidausstoß. Aber der vorübergehende weltweite ökonomische Stillstand wird die Klimafrage nicht nachhaltig lösen. Vielleicht ist der Effekt sogar negativ: Umweltauflagen für Unternehmen und der Umbau auf klimafreundliche Produkte werden in den Hintergrund rücken, wenn die Konjunktur einbricht und ganze Branchen in Existenznöte geraten.

Dabei zeigt sich an der Corona-Krise deutlich, dass es nicht ratsam ist, zu warten, bis ein Problem mit voller Wucht zuschlägt. Ähnlich wie bei den Corona-Infektionen ist auch die Kurve der Erderwärmung steil. Weltweit bedeutet diese Entwicklung: extreme Wetteränderungen, An-



»Der Klimawandel ist eine existenzielle Bedrohung wie das Virus«

stieg des Meeresspiegels, Ausbreitung von Wüsten und damit Veränderung von Lebensräumen. Weitere Katastrophen wie Hunger, Kriege und Flucht sind dadurch vorprogrammiert. Der Klimawandel ist eine existenzielle Bedrohung wie das Virus, nur schlägt er nicht so direkt zu. Es ist daher gut, dass sich am Wochenende der Fokus auf dieses Thema gerichtet hat, zumindest für kurze Zeit. In der „Earth Hour“ gingen in Städten weltweit die Lichter aus, um an Klima- und Umweltschutz zu erinnern. Es war ein wichtiges Signal. Aber klar ist auch: Eine einzelne Stunde für Umwelt und Klima reicht bei Weitem nicht aus.



Männer sitzen im Pub „Half Way Inn“ in Stockholms Zentrum an der Bar. Schweden geht beim Kampf gegen die Ausbreitung des neuartigen Coronavirus weiter einen Sonderweg: Restaurants, Cafés und Kneipen bleiben in dem skandinavischen Land geöffnet.

FOTO DPA

Riskantes Experiment?

STOCKHOLM. In Schweden verfolgt die Gesundheitsbehörde in der Corona-Krise eine andere Strategie als die meisten anderen Länder. Und mehr Fälle kann man dort bisher nicht beobachten. Es gibt jedoch auch heftige Kritik.

Von Nils Bickenbach

Nach wie vor dürfen schwedische Restaurants geöffnet sein, nur mit der Einschränkung, dass man nicht mehr an der Bar bedienen darf. Die Grundhaltung ist, dass Personen, die keine Symptome zeigen und nicht zu einer Risikogruppe gehören, wie gewöhnlich ihren Beschäftigungen nachgehen können. Dennoch gibt es deutliche Empfehlungen und Verbote: Menschen über 70 sollen ihre sozialen Kontakte so weit es geht einschränken und wer kann, soll von zu Hause arbeiten. Besonders in und um die Hauptstadt soll das die Ausbreitung des Virus dämpfen.

Ebenso rät das schwedische Außenministerium von Reisen in andere Länder ab. Diese Empfehlung gilt bis Mitte April. Auch von Reisen und Wochenendtrips innerhalb Schwedens wird abgeraten.

Mit Blick auf die strikteren Maßnahmen in anderen Ländern setzt man in Schweden auf Freiwilligkeit und Information. Es gebe nichts, was darauf hindeute, dass andere

Länder durch etwaige Maßnahmen mehr erreicht hätten als Schweden, konstatiert der schwedische Staatsepidemiologe Anders Tegnell. „Ich denke, dass es wichtig ist, die Mittel weiter anzuwenden, von denen man weiß, dass sie wirken.“

Manche schwedische Kollegen sehen diese Haltung als etwas problematisch an. In verschiedenen Medienberich-

ten wird etwa Joacim Rocklöv, Epidemiologe und Statistikprofessor der Universität in Umeå, zitiert. Er hält es für möglich, dass Schweden eine Situation wie in Italien bekommen kann und fordert strengere Einschränkungen von sozialen Kontakten und stärkere Quarantänemaßnahmen. Man wisse zu wenig, so der Forscher.

Der Virologe Fredrik Elgh äußert ebenso seine Beunruhigung. Er fordert, dass Stockholm unter Quarantäne gesetzt wird. Eine Isolierung von Stockholm, entgegen Tegnell am Freitag, ist prinzipiell unmöglich.

Alle Länder seien in unterschiedlichen Krisen, so Tegnell. „Ich glaube, dass es

wichtig ist, zu überlegen, was hier passend ist“, sagt er gegenüber dem Sender svt und schließt nicht aus, dass Maßnahmen angepasst werden. Joacim Rocklöv hingegen nennt das schwedische Vorgehen in der Financial Times „ein großes Experiment“. „Selbstverständlich sind alle unruhig“, sagt Tegnell laut svt. „Ich bin nicht unruhig.“ Der Epidemiologe sagt, dass das Gesundheitssystem gut läuft und die getroffenen Maßnahmen wirken. Am Freitag wies Tegnell darauf hin, dass die Infektionskurve in Schweden deutlich flacher verläuft als in Spanien und Italien. „Wir sind überzeugt davon, dass das der richtige Weg ist.“

Corona-Splitter international

■ **Mit Tauchermasken gegen die Atemnot:** Der Mangel an Beatmungsgeräten ist eine der größten Herausforderungen in der Corona-Krise – und zwingt Ärzte und Krankenpfleger zu kreativen Lösungen: Aus Italien stammt die Idee, dass Corona-Patienten in Notfällen auch mit Hilfe herkömmlicher Tauchermasken künstlich beatmet werden können. Inzwischen haben auch Krankenhäuser in anderen europäischen Ländern die Idee aufgegriffen; in Belgien sind bereits Tests an Patienten geplant.

■ **Brief von Boris Johnson:** „Es wird schlimmer, bevor es besser wird“: Mit einem eindringlichen Appell, die Abstandsregeln der Regierung zu befolgen, hat sich der an Covid-19 erkrankte britische Premierminister Boris Johnson am Wochenende per Brief an sein Volk gewandt. Der 55-Jährige hatte am Freitag mitgeteilt, dass er positiv auf das Coronavirus getestet wurde. Nun sitzt er in Isolation in seiner Dienstwohnung in der Londoner Downing Street.

■ **Marke für Normalisierung:** In Österreich werden die erlassenen Einschränkungen erst bei einer deutlichen weiteren Senkung der Zahl der Neuinfizierten zurückgenommen. „Wir wollen, dass die Zahl der Neuerkrankungen unter fünf Prozent liegt“, sagte Gesundheitsminister Rudolf Anschober (Grüne) der „Kronen Zeitung“. Die Maßnahmen zeigen langsam Wirkung. „Aber wir sind noch weit, weit vom Ziel entfernt.“

■ **Hoffnungsschimmer in Italien:** Italien hat zwar 756 weitere Corona-Todesfälle binnen 24 Stunden zu beklagen. Hoffnung gibt allerdings die Infektionsrate, die sich weiter verlangsamt. Der tägliche Anstieg der Neuinfektionen fiel auf 5,6 Prozent – den niedrigsten Stand seit dem ersten italienischen Todesfall am 21. Februar.

■ **De Blasio schlägt Alarm:** New Yorks Bürgermeister Bill de Blasio schlägt Alarm. Er könnte den reibungslosen Betrieb der Krankenhäuser nur für eine Woche garantieren, sagte er am Sonntag dem TV-Sender CNN. Dabei gehe es nicht nur um Masken, Schutzkleidung und Beatmungsgeräte, sondern auch um medizinisches Personal. Die Ärzte und Pfleger könnten im jetzigen Tempo nicht über Wochen arbeiten.

EU kann sich in der Corona-Krise neu erfinden

Kommissionschefin von der Leyen erwartet Umsteuern der Länder

Brüssel. Nach den Alleingängen etlicher EU-Länder in der Corona-Krise erwartet Kommissionschefin Ursula von der Leyen jetzt ein Umsteuern. Man habe „in den Abgrund geschaut“, sagte von der Leyen. Auch von Reisen und Wochenendtrips innerhalb Schwedens wird abgeraten.

Manne Corona-Bonds. Gemeint ist eine gemeinsame Schuldenaufnahme, die Italien und andere EU-Länder fordern und die unter anderem Deutschland ablehnt. „Das Wort Corona-Bond ist ja eigentlich nur ein Schlagwort“, sagte von der Leyen. „Dahinter steht doch eher die größere Frage der Haftung. Und das sind die Vorbehalte in Deutschland, aber auch in anderen Ländern berechtigt.“

Obwohl sich die Kommissionschefin nicht festlegte und

auf erwartete Vorschläge der Eurogruppe verwies, reagierte Italien empört. „Die Europäische Union hat eine Verabredung mit der Geschichte, und die Geschichte wartet nicht“, erklärte Regierungschef Giuseppe Conte. Die gemeinsame Antwort der EU auf den Coronavirus-Notstand müsse „stark, kraftvoll und kohärent“ sein. Von der Leyen stellte daraufhin klar, dass alle nach den EU-Verträgen zulässigen Optionen weiter auf dem Tisch seien. dpa

Leserforum

Nach der Coronavirus-Krise
Die Natur muss aufatmen

Vorab, wir werden nicht alle todkrank und das Leben wird bald weitergehen. Nur sollte es dann gleich besser werden als vor Corona. Auch das muss zu einem Konzept gehören, wenn wir das Größte überstanden haben. Zu den Wirkungen des „Resets“, des nicht nur wirtschaftlichen „Shutdowns“, zählt die viel zu wenig beachtete Verbesserung unserer weltweiten CO₂-Werte und das Aufatmen der Natur! Aufgabe der Europa- und Weltpolitik muss sein, an die jetzt veränderten Verhaltensweisen, auch in diesem Bereich gleich mit Vorgaben anzuknüpfen. Verringerung des Angebots an Flügen. Eine Unterbindung des Kohleinsatzes z.B. in chinesischen Produktionsstätten, ein Verbot von Schweröl und dreckigen Dieselmotoren im weltweiten Schiffsverkehr, Verbot der nahen Annäherung von Kreuzfahrtschiffen an Inseln und Orte. Die Natur braucht das jetzt.

Alice Gensnicki, Dortmund

Wir freuen uns über Ihre Meinung. Schicken Sie uns Ihren Leserbrief per E-Mail an leserforum@rnw.press oder postalisch an das Redaktionsnetz Westfalen, Wasserstraße 20, 59423 Unna. Stichwort: Leserbrief. Kürzungen behalten wir uns vor.



KARIKATUR STUTTMANN